

Neues Afghanistan-Mandat

Kampf um die Deadline

Von *Florian Gathmann* und *Oliver Sallet*

Im Bundestag steht die Mehrheit für das neue Mandat, doch dem Wähler reicht's: Mehr als die Hälfte der Deutschen will einen Bundeswehr-Abzug aus Afghanistan vor Jahresende 2012. Ein Überblick zeigt, welche Chancen Fachleute und Militärs dem Einsatz noch geben.

Berlin - Die Zahlen sind eindeutig: 63 Prozent aller Bundesbürger sind einer aktuellen Forsa-Umfrage zufolge für einen festen Zeitpunkt zum Rückzug der deutschen Soldaten aus [Afghanistan](#), die Mehrheit wünscht sich einen Abzug bis Ende kommenden Jahres. Gleichzeitig ist das Image der Bundeswehr am Hindukusch - das belegt eine Befragung in der afghanischen Bevölkerung - auf einem Tiefpunkt. Einen positiven Eindruck von den Deutschen haben nur noch 46 Prozent der Afghanen, 2007 waren es noch 75 Prozent.

Doch die deutsche Politik hält eisern Kurs - jedenfalls die klare Mehrheit der im Bundestag vertretenen Parteien. **Am Freitagmorgen wollen die Abgeordneten das neue Afghanistan-Mandat beschließen.** Es soll bis zum 31. Januar 2012 gelten, wie bisher sieht das Mandat eine Obergrenze von 5000 deutschen Isaf-Soldaten vor, die weiterhin vor allem im Norden Afghanistans operieren sollen. Die Zahl der deutschen Polizeiausbilder will man um 100 auf 1500 erhöhen.

Einziges Zugeständnis an die skeptische Bevölkerung: Das Mandat eröffnet die Perspektive auf einen Beginn des Bundeswehr-Rückzugs ab 2011. Allerdings ist diese so formuliert, dass eine Verschiebung des Termins jederzeit begründet werden kann.

In den Regierungsfractionen von Union und FDP ist mit nahezu kompletter Zustimmung zu rechnen, die SPD dürfte dem neuen Mandat bei rund zwei Dutzend Nein-Voten mit großer Mehrheit zustimmen. Bei den Grünen werden sich die meisten Abgeordneten wohl enthalten, Nein- und Ja-Stimmen dürfte es hier nur wenige geben. Lediglich bei der Linken ist mit geschlossener Ablehnung zu rechnen.

Die Bundeswehr geht in ihr zehntes Kriegsjahr in Afghanistan, gleichzeitig scheinen die [Taliban](#) mächtiger denn je.

Wie sehen Experten, Militärs und ein Altkanzler die Lage der Bundeswehr am Hindukusch - und welche Perspektive geben sie den deutschen Streitkräften?

"Die Frage ist, was wir in Afghanistan wirklich erreichen wollen, sagt [Harald Kujat](#). Diese Ziele hätten sich über die Jahre doch sehr verändert. Kujat, von 2002 bis 2005 Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, erinnert sich noch genau an den Beginn der [Bundeswehr-Mission in Afghanistan](#): "Ursprünglich sind unsere Soldaten aus Solidarität zum Bündnispartner USA in diesen Einsatz geschickt worden." Doch dann "hieß es irgendwann, die Bundeswehr verteidige unsere Sicherheit am Hindukusch, inzwischen wollen wir nur noch geordnete Verhältnisse hinterlassen".

Aus Kujats Sicht kann das höchstens bedeuten: eine halbwegs funktionierende Armee und Polizei. "Aber wahrscheinlich werden viele dieser Kräfte rasch zu den [Taliban](#) überlaufen, wenn die Bundeswehr und ihre Verbündeten das Land verlassen haben", sagt der Ex-Generalinspekteur.

Scharf kritisiert Kujat die Debatte über ein konkretes Abzugsdatum der Bundeswehr aus Afghanistan. "Man muss den Gegner über diese Dinge im Unklaren lassen", sagt er. Aber auch hier werde der Einsatz von innenpolitischen Erwägungen geprägt, beklagt der Ex-Militär. "Das ist ein grundsätzliches Problem deutscher Außen- und Sicherheitspolitik."

Eine weitere Sorge Kujats mit Blick auf den möglicherweise bald beginnenden Abzug der Bundeswehr: "Je schwächer die Bundeswehr vor Ort ist, umso größer werden die Gefahren für unsere verbleibenden Soldaten."

Immerhin, lobt Kujat, würden die deutschen Soldaten inzwischen viel besser für ihren gefährlichen Einsatz in Afghanistan ausgerüstet: "Das ist ein Verdienst von Verteidigungsminister zu Guttenberg."

Die Abzugsperspektive muss sein, sagt Winfried Nachtwei. Dennoch kritisiert der Grünen-Politiker, bis 2009 Mitglied des deutschen Bundestags, das Mandat. Die festgelegten Ziele hält er für zu allgemein und

nicht überprüfbar. Nachdem das Mandat für [Afghanistan](#) erneuert worden ist, müsse alles dafür getan werden, die Sicherheitsverantwortung verantwortlich zu übergeben. "Es darf nicht das Motto 'Nach uns die Sintflut' gelten", sagt Nachtwei, der in den vergangenen Jahren Dutzende Male nach Afghanistan gereist ist. Ein noch längerer Einsatz sei sowohl für die Afghanen, als auch für die Entsendeländer nicht hinnehmbar. "Die Akzeptanz des Einsatzes in beiden Bevölkerungen geht den Bach herunter. Daran kann die Politik auf Dauer nicht vorbei regieren."

Schuld daran sei die veränderte Sicherheitslage im Land, glaubt der Afghanistan-Kenner. "In den ersten Jahren spielte die Bundeswehr eine führende Rolle im Norden des Landes, sie genoss ein hohes Ansehen, war Puffermacht zwischen Gewaltakteuren." 2007 habe die Sicherheit in den von der Bundeswehr kontrollierten Regionen immer mehr abgebaut. 2009 hätten die Taliban einen Teil davon sogar in der Hand gehabt. Dafür macht Nachtwei politisches Führungsversagen des damaligen Verteidigungsministers Jung verantwortlich. "Es herrschte eine Hierarchie der Beschönigungen und des Realitätsverlusts."

"Per Saldo ist der [Einsatz der Bundeswehr](#) trotzdem als gut zu bewerten", sagt Nachtwei. Auch wenn die Bundeswehr an Bedeutung verloren hat, so spiele sie nach wie vor eine wichtige Rolle im Norden des Landes. Die jetzige Regierung sei außerdem dichter am Geschehen. "Man spürt seit einem Jahr auch, dass die Truppe ihrer Aufgabe wieder besser nachkommt", sagt Nachtwei.

Die Anwesenheit der [Bundeswehr](#) habe auf die Situation in Afghanistan kaum Auswirkungen, glaubt Conrad Schetter. Das gelte sogar für den gesamten Einfluss der westlichen Allianz. Dass das Land nach deren Rückzug ins totale Chaos stürze, befürchtet der Friedensforscher von der Universität Bonn nicht. Klar ist für ihn jedenfalls: "Die Lage ist zwar instabil, wird sich aber ohne Bundeswehr nicht spürbar verändern."

Rückblickend übt Schetter scharfe Kritik am Vorgehen der Truppen in Afghanistan. Die Nato habe sich durch ihren Strategiewechsel vom volksnahen Helfer zur zurückgezogenen, kühlen Armee entwickelt. "Durch ihr militärisches Auftreten und intensives Vorgehen ist die Distanz zur Bevölkerung immer größer geworden. Die Soldaten der Bundeswehr werden inzwischen wie Außerirdische wahrgenommen", sagt Schetter, der selbst häufig in Afghanistan geforscht hat.

Schetter moniert, dass über Jahre die Truppe kein Interesse für lokale Machtstrukturen entwickelte. Man sei zudem sehr auf sich selbst konzentriert gewesen, es fehlten Soldaten mit Sprachkenntnissen. "Alle drei bis sechs Monate wechselt die Mannschaft, viele Erfahrungen, Kontakte und Informationen gehen dann verloren", sagt Schetter.

Die große Frage, die sich Schetter zum geplanten Abzug stellt, lautet: Wann wird die afghanische Polizei bereit sein, für die Sicherheit im Land zu sorgen? Davon würde auch der Umfang des Abzugs abhängen. Viel solle man anfangs jedoch nicht erwarten.

"Vielleicht wird die Bundeswehr schon in diesem Jahr reduziert", sagt Schetter. Um 100 bis 200 Mann, schätzt er, als symbolisches Zeichen.

[David Petraeus](#) sagt über den Afghanistan-Krieg Sätze wie: "Ich versuche weder Optimismus noch Pessimismus zu verbreiten, sondern Realismus."

Aber natürlich ist Petraeus einer der Chef-Optimisten, was den Einsatz am Hindukusch angeht - denn er ist als Isaf-Kommandeur verantwortlich für die westlichen Truppen. Und so verwundert es nicht, wie beinahe euphorisch er sich kürzlich im Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" über die Rolle der [Bundeswehr in Afghanistan](#) äußerte. "Die Deutschen sollten auf ihre Männer und Frauen in Uniform, ihre Diplomaten und ihre zivilen Helfer sehr stolz sein - vor allem auf ihre konventionellen Einheiten und ihre Spezialkräfte." Mit "beeindruckenden Ergebnissen" würden sich zwei deutsche Bataillone an der Aufstandsbekämpfung beteiligen.

Zweifel an dem Krieg in Afghanistan sind von General Petraeus nicht zu hören - und so hält er auch den Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch für alternativlos.

Dass der Bundestag nun ein neues Mandat mit Abzugsperspektive verabschieden will, kann dem Isaf-Kommandeur nicht gefallen, allerdings äußert er sich dazu sehr diplomatisch. "Zunächst liegt es am Bundestag, dies zu diskutieren und zu entscheiden." Aber klar ist, was aus seiner Sicht Priorität haben sollte: "Ehrlicherweise glaube ich, dass der politische Wille vom Fortschritt vor Ort abhängt."

Anders als im Afghanistan-Mandat vorgesehen, will Citha Maaß keine konkrete Abzugsperspektive für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan erkennen: "Ich gehe davon aus, dass Deutschland langfristig, auch nach 2014, ein Kontingent von mindestens 1000 Soldaten in Afghanistan stationiert haben wird, um die Arbeit von deutschen Militärausbildern zu ermöglichen."

Die Afghanistan-Expertin von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) spricht in diesem Zusammenhang von einer Scheindebatte: "Von einem vollständigen Abzug kann keine Rede sein." Deutschland richte sich bereits darauf ein, Afghanistan auch nach 2014 bei der militärischen Ausbildung zu helfen. "Ein vollständiger Abzug ist daher gar nicht möglich." Auch an eine schnelle Reduzierung der Truppe glaubt Maaß nicht.

Fortschritte sieht die SWP-Expertin in der Bekämpfung von Aufständischen in der Region Kunduz, die größte Herausforderung an die Truppe liege in den nächsten Jahren jedoch in der Nachhaltigkeit. Der Aufbau von Infrastruktur würde zwar der Bevölkerung helfen, dadurch würden aber nur die Symptome bekämpft, nicht die Ursache, glaubt Maaß.

Um dem Land dauerhaft zu helfen, müsse sich die Bundeswehr in Zukunft auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: Die Ausbildung der afghanischen Armee. "Nur so können wir uns überflüssig machen und das sollte das Ziel sein", sagt Citha Maaß. Andernfalls müsse die Bundeswehr noch 50 Jahre im Land bleiben.

Er steht dem Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan schon seit langem kritisch gegenüber - inzwischen spricht Altkanzler [Helmut Schmidt](#) davon, dass sich mit Blick auf den Krieg am Hindukusch "eine Tragödie im klassischen Sinne" abzeichne. Schmidt kämpfte als Soldat im Zweiten Weltkrieg, später war er Verteidigungsminister, Sicherheitspolitik gehörte immer zu den Steckenpferden des Sozialdemokraten. Sein grundsätzlicher Vorwurf in punkto [Afghanistan](#): Der Westen hat sich übernommen - und damit auch die Bundeswehr. "Das Ziel, al-Qaida aus Afghanistan zu vertreiben, ist längst erreicht", sagte Schmidt im vergangenen Jahr bei einer Podiumsdiskussion mit Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. "Das Ziel, was die Taliban angeht, ist nicht erreicht - im Gegenteil."

Schmidt hat schon im Sommer 2008 in einem Gespräch mit Kanzlerin Angela Merkel auf die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens hingewiesen. Nun drängt der Altkanzler auf Alternativen. "Jemand, der einen Krieg nicht gewinnen kann, der muss rechtzeitig Verhandlungen einleiten." Inzwischen ist diese Einsicht bekanntermaßen selbst im deutschen Außenministerium angekommen.

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,741995,00.html>

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:

[Video: Brutale Steinigung in Afghanistan](#)

<http://www.spiegel.de/video/video-1105755.html>

[Debatte im Parlament: Defensiv-Minister Guttenberg reizt die Opposition \(26.01.2011\)](#)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,741862,00.html>

[Kabul: Afghanisches Parlament tritt zusammen \(26.01.2011\)](#)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,741791,00.html>

[Hindukusch: Deutsch-Afghane in US-Militärgefängnis inhaftiert \(26.01.2011\)](#)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,741652,00.html>

[Wehrbericht: Guttenbergs Problemtruppe \(25.01.2011\)](#)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,741464,00.html>

[Debatte im Bundestag: Schwarz-Gelb wirbt für Afghanistan-Mandat \(21.01.2011\)](#)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,740925,00.html>

[Themenseite Bundeswehreinsatz in Afghanistan: Tödliche Mission](#)

http://www.spiegel.de/thema/bundeswehreinsatz_afghanistan/

© SPIEGEL ONLINE 2011

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH